

# *Info-Dienst*

***Kommunalwahlen***  
Stand September 2016

## **Vorbemerkung**

Im April dieses Jahres hat das Innenministerium es für notwendig erachtet, die Wahlordnung und mit ihr auch alle amtlichen Formblätter zu verändern. Und da nicht nur alle 5 Jahre, turnusmäßig das nächste Mal also in 2019, Gemeindevertretungen und Kreistage gewählt werden, sondern dazwischen Bürgermeisterwahlen oder „Wahlen in besonderen Fällen“ stattfinden, haben wir unseren Info-Dienst bereits jetzt aktualisiert.

Martina Tegtmeier, MdL  
SGK-Landesgeschäftsführerin

# **I Allgemeines**

## **1. Sprachgebrauch**

Gemeindevertretungen haben in Mecklenburg-Vorpommern unterschiedliche Namen. So führt die Vertretung einer Stadt die Bezeichnung Stadtvertretung. Und in großen kreisangehörigen und kreisfreien Städten kann sie die Bezeichnung Bürgerschaft führen.

Da die Bezeichnung der Gemeindevertretung jedoch keinerlei Einfluss auf das Wahlverfahren hat, verwenden wir hier ausschließlich die Bezeichnung „Gemeindevertretung“.

## **2. Welche gesetzlichen Grundlagen sind zu beachten?**

Die gesetzlichen Grundlagen sind insbesondere das Landes- und Kommunalwahlgesetz, aber auch die Kommunalverfassung und die Landes- und Kommunalwahlordnung.

## **3. Gibt es Unterschiede beim Wahlverfahren für ein Ehrenamt und ein Hauptamt?**

Wahlen von hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Landrätinnen und Landräten werden nach den gleichen Verfahrensregeln durchgeführt wie die Wahlen der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Unterschiede ergeben sich allerdings bei den Wählbarkeitsvoraussetzungen.

## **4. Wann wird gewählt?**

Die Kommunalwahlen finden in der Regel zusammen mit den Europawahlen statt, das letzte Mal war das am 25. Mai 2014.

## **5. Für wie lange wird gewählt?**

Die Gemeindevertretungen und Kreistage sowie die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister werden für 5 Jahre, die hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Landrätinnen und Landräte für 7 bis 9 Jahre gewählt.

Alle Kreistage haben mittlerweile in ihren Hauptsatzungen eine Amtszeit von 7 Jahren für ihre Landrätinnen und Landräte festgelegt.

## II Die Wahlen zu den Gemeindevertretungen und Kreistagen

### 6. Was bezeichnet man als Wahlgebiet?

Das Wahlgebiet ist bei den Gemeindevertretungswahlen das Gebiet der Gemeinde, bei Kreistagswahlen das Gebiet des Landkreises.

### 7. Wie viele Vertreterinnen und Vertreter sind im Wahlgebiet zu wählen?

Die **Anzahl der Gemeindevertreterinnen und -vertreter** hängt von der Einwohnerzahl ab. Sie beträgt in Gemeinden mit einer Einwohnerzahl:

|                 |                   |    |
|-----------------|-------------------|----|
| bis             | 500 Einwohner     | 7  |
| von 501 bis     | 1 000 Einwohner   | 9  |
| von 1 001 bis   | 1 500 Einwohner   | 11 |
| von 1 501 bis   | 3 000 Einwohner   | 13 |
| von 3 001 bis   | 4 500 Einwohner   | 15 |
| von 4 501 bis   | 6 000 Einwohner   | 17 |
| von 6 001 bis   | 7 500 Einwohner   | 19 |
| von 7 501 bis   | 10 000 Einwohner  | 21 |
| von 10 001 bis  | 20 000 Einwohner  | 25 |
| von 20 001 bis  | 30 000 Einwohner  | 29 |
| von 30 001 bis  | 50 000 Einwohner  | 37 |
| von 50 001 bis  | 75 000 Einwohner  | 43 |
| von 75 001 bis  | 100 000 Einwohner | 45 |
| von 100 001 bis | 150 000 Einwohner | 47 |
| über            | 150 000 Einwohner | 53 |

Vertreterinnen und Vertreter.

Allerdings wird in ehrenamtlich verwalteten Gemeinden jeweils ein Gemeindevertreter bzw. eine Gemeindevertreterin weniger gewählt. Der nicht besetzte Platz ist für den direkt gewählten Bürgermeister/die direkt gewählte Bürgermeisterin reserviert, der oder die neben ihren Rechten und Pflichten eines Bürgermeisters/einer Bürgermeisterin auch alle Rechte und Pflichten eines Gemeindevertreters bzw. einer Gemeindevertreterin hat. Gab es allerdings keinen gültigen Wahlvorschlag zur Direktwahl für diese Position, wird die „volle“ Zahl an Gemeindevertreterinnen und Gemeinde-

vertretern gewählt. Die Gemeindevertretung wählt dann aus ihrer Mitte eine Bürgermeisterin oder einen Bürgermeister.

Bei Gemeindezusammenschlüssen können die Gebietsänderungsverträge festlegen, dass sich die Zahl der zu wählenden Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter in der ersten Wahlperiode nach der Neubildung der Gemeinde in Gemeinden bis zu einer Einwohnerzahl von 1 500 um zwei und in Gemeinden über 1 500 Einwohnerinnen und Einwohner um vier erhöht.

Findet ein Gemeindezusammenschluss innerhalb einer Wahlperiode statt, erhöht sich die Anzahl der Sitze in der Vertretung bis zum Ende der Wahlperiode im gleichen Verhältnis wie die Einwohnerzahl.

Die **Anzahl der Kreistagsmitglieder** hängt von der Einwohnerzahl der Landkreise ab.

In Landkreisen bis zu 175 000 Einwohnern sind 61 Vertreterinnen und Vertreter zu wählen.

In Landkreisen über 175 000 Einwohner sind 69 Kreistagsmitglieder zu wählen.

In Landkreisen, deren Gebiet sich über eine Fläche von mehr als 4 000 Quadratkilometern erstreckt, erhöht sich die Anzahl der zu wählenden Kreistagsmitglieder um acht.

## **8. Was ist ein Wahlbereich und wie viele Wahlbereiche werden gebildet?**

Größere Wahlgebiete sind nach dem Gesetz in Wahlbereiche einzuteilen. Wahlgebiete mit einer Einwohnerzahl mit bis zu 25 000 Einwohnerinnen und Einwohnern können, Wahlgebiete mit über 25 000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind in mehrere Wahlbereiche einzuteilen. Ein Wahlbereich ist also ein territorial begrenzter Bereich innerhalb eines Wahlgebietes, für den im weiteren Verfahren ein Wahlvorschlag eingereicht werden kann.

## **9. Wer legt die Zahl und die Grenzen der Wahlbereiche fest?**

Die Anzahl und die Grenzen der Wahlbereiche werden in den Landkreisen von den Kreistagen, in den Gemeinden von den Gemeindevertretungen festgelegt.

Die Einwohnerzahl eines Wahlbereichs im Wahlgebiet soll dabei nicht um mehr als 15 % von der durchschnittlichen Einwohnerzahl aller Wahlbereiche im Wahlgebiet abweichen.

## **10. Wer darf Wahlvorschläge einreichen?**

Vorschläge zu den Kommunalwahlen dürfen einreichen:

- die Parteien,
- Wählergruppen.

Außerdem können Einzelkandidaten einen Wahlvorschlag einreichen.

## **11. Wer darf kandidieren?**

An die Kandidatur für Gemeindevertretungen und Kreistage sind folgende Bedingungen geknüpft: Kandidatinnen und Kandidaten müssen die Staatsbürgerschaft eines EU-Staates besitzen und am Tage der Wahl seit mindestens 3 Monaten im Wahlgebiet nach dem Melderegister mit erstem Wohnsitz wohnen. Kandidatinnen und Kandidaten müssen das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Auf den Listen von politischen Parteien dürfen nur Mitglieder dieser Partei oder Parteilose, nicht aber Mitglieder anderer Parteien kandidieren.

Bei wem durch seine berufliche Stellung, z. B. als Mitarbeiterin des Kreises, eine Unvereinbarkeit von Amt und Mandat (§ 25 Kommunalverfassung) begründet ist, der oder die darf dennoch kandidieren. Die betreffende Person muss jedoch im Vorfeld erklären, ob sie, wenn sie gewählt wird, ihr Mandat annimmt oder ihre berufliche Funktion behält.

Des Weiteren kann als Bewerber oder Bewerberin nur benannt werden, wer die unwiderrufliche Zustimmung zur Benennung schriftlich erteilt hat.

## **12. Wer darf nicht kandidieren?**

Wer aufgrund einer rechtskräftigen Verurteilung durch ein deutsches Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, verloren hat, darf nicht kandidieren.

Bei EU-Bürgerinnen und -Bürgern gilt dies auch, wenn sie im Herkunftsland die Wählbarkeit nicht besitzen.

Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind auch Personen, für die zur „Betreuung aller ihrer Angelegenheiten“ eine Betreuung nicht nur einstweilig angeordnet wurde.

### **13. Werden für die einzelnen Wahlbereiche eines Wahlgebietes unterschiedliche Vorschlagslisten aufgestellt?**

Ja! Jede Partei und jede Wählergruppe muss für jeden Wahlbereich eine eigene Vorschlagsliste aufstellen.

Es ist weder möglich, für einen Wahlbereich mehrere Listen einzureichen, noch eine gemeinsame Liste beispielsweise von SPD und Bündnis90/Die Grünen einzureichen.

Diesbezüglich gibt es bei der Aufstellung von Bürgermeister- oder Landratskandidatinnen oder -kandidaten abweichende Regelungen → siehe Nr. 44.

### **14. Darf man in mehreren Wahlbereichen kandidieren?**

Ja! Es ist zulässig, in mehreren Wahlbereichen eines Wahlgebietes auf der Vorschlagsliste zu stehen. Genauso ist es auch durchaus denkbar, dass die Vorschlagslisten einer Partei in allen Wahlbereichen eines Wahlgebiets gleich sind.

### **15. Wer stellt die Vorschlagsliste auf?**

Bei der Vorschlagsliste einer Partei wird die Liste von den im Wahlgebiet mit erstem Wohnsitz wohnenden und für die Kommunalwahlen wahlberechtigten Parteimitgliedern aufgestellt.

Die Aufstellung der Listen geschieht entweder durch eine Versammlung aller stimmberechtigten Mitglieder (Ortsverein oder Kreisverband) oder durch eine Versammlung Delegierter, die dafür aus dem Kreis der stimmberechtigten Mitglieder gewählt worden sind.

Die Wahl der Delegierten muss ebenfalls den strengen Kriterien genügen, also z. B. geheim und schriftlich erfolgen. Stimmberechtigt ist nur, wer wahlberechtigt ist!

### **16. Unterscheidet sich das Verfahren in einer Delegiertenversammlung von dem in einer Mitgliederversammlung?**

Für das Aufstellverfahren eines Wahlvorschlags durch eine Delegiertenversammlung gelten die gleichen strengen Regeln wie für die Mitgliederversammlung.

## **17. Wann werden die Vorschlagslisten aufgestellt?**

Die Wahlleitungen sind gehalten, nach Festlegung des Wahltermins „so früh wie möglich“ zur Abgabe von Wahlvorschlägen aufzufordern und damit den Wahltermin bekanntzugeben. Es empfiehlt sich, die Vorschlagslisten für die Kommunalwahl einige Wochen vor dem Ende der Einreichungsfrist aufzustellen.

Die Arbeit der Vorstände beginnt natürlich noch wesentlich eher. Sie sollten sich möglichst frühzeitig einen Überblick verschaffen und Vorschläge in den Grundzügen konzipieren.

Der letzte Termin zur Beschlussfassung über Wahlvorschläge ist unmittelbar vor dem gesetzlichen Einreichungstermin.

## **18. Bis wann müssen Wahlvorschläge eingereicht werden?**

Wahlvorschläge sind spätestens am 73. Tag vor der Wahl bis 18:00 Uhr schriftlich einzureichen.

Rein theoretisch könnte über die Vorschlagsliste noch am Tag davor oder sogar noch am selben Tag abgestimmt werden. In der Praxis ist dieses Verfahren jedoch keinesfalls empfehlenswert. Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen: irgendein Formular oder eine Unterschrift fehlt immer. Und bemerkt wird dies zuweilen erst, wenn sich die Versammlung bereits wieder aufgelöst hat.

Es empfiehlt sich sowieso, die Vorschläge möglichst frühzeitig einzureichen, weil dann eventuell vorhandene formale Mängel, die der Wahlleitung auffallen, noch geheilt werden können.

## **19. Wie wird zur Versammlung zur Beschlussfassung über die Vorschlagslisten eingeladen?**

Die Einladung zu einer Mitglieder- oder zu einer Vertreterversammlung zur Aufstellung von Wahlvorschlagslisten soll in jedem Falle schriftlich erfolgen. Im Einladungstext soll klar ersichtlich sein, dass es sich um die Versammlung zur Aufstellung von Vorschlagslisten handelt.

Dies ist dringend geboten, um anschließenden Einsprüchen von Mitgliedern, „die von nichts gewusst haben“, vorzubeugen.

Nach dem Gesetz ist jedem Bewerber und jeder Bewerberin Gelegenheit zu geben, sich der Versammlung in angemessener Zeit vorzustellen. Dies sollte bereits als Tagesordnungspunkt bei der Einladung berücksichtigt werden.

Einladungsfrist ist, wenn in der entsprechenden Geschäftsordnung nichts anderes geregelt ist, eine Woche (Zugangsdatum).

## **20. Wer ist in der Versammlung stimmberechtigt?**

Stimmberechtigt sind diejenigen Mitglieder der Partei oder Wählergruppe, die zum Zeitpunkt der Mitgliederversammlung das 16. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens 37 Tagen - nach Melderegister - im Wahlgebiet mit erstem Wohnsitz wohnen. Dieser Personenkreis besitzt das aktive Wahlrecht für Kommunalwahlen.

Parteimitglieder, die jünger als 16 Jahre sind, eine EU-Staatsbürgerschaft nicht besitzen oder noch nicht 37 Tage im Wahlgebiet mit Hauptwohnsitz gemeldet sind, sind auf der Mitgliederversammlung, die die Vorschlagsliste erarbeitet, **nicht** stimmberechtigt!

Für die Beschlussfähigkeit der Versammlung gelten die in der Satzung dafür festgelegten Regelungen der zuständigen Parteiebene bzw. der Wählergruppe.

## **21. Wer darf in der Versammlung Vorschläge machen?**

Vorschläge dürfen nur stimmberechtigte Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Versammlung machen.

Wenn der Vorstand bereits eine Vorschlagsliste erarbeitet hat, müssen die Vorschläge trotzdem von stimmberechtigten Personen eingebracht werden. Es sollte also nicht so verfahren werden, dass ein Vorschlag schriftlich auf dem Tisch liegt, in dem „der Vorstand“ bestimmte Personen vorschlägt. Rechtssicherheit ist erst gegeben, wenn beispielsweise der oder die (stimmberechtigte) Vorsitzende die Vorschläge vorträgt, wobei er oder sie natürlich deutlich machen kann, dass diese Vorschläge im Vorstand abgestimmt worden sind.

## **22. Wie ist das Abstimmungsverfahren?**

Zwingend notwendig ist, dass über die vorgeschlagenen Personen schriftlich und geheim abgestimmt wird. Hiervon gibt es absolut keine Ausnahme; auch wenn alle Anwesenden zustimmen, ist eine offene Abstimmung nicht zulässig und macht den Wahlvorschlag ungültig!

Außerdem muss die Abstimmung in jeder Hinsicht demokratischen Kriterien genügen. Das zeitaufwändigste, aber sicher sauberste Verfahren ist es, über jede Listenposition einzeln abzustimmen. Kandidieren für eine Listenposition zwei oder mehr Personen, dürfen Wahlen für weitere Listenpositionen erst dann vorgenommen werden, wenn die vorherige Abstimmung ausgezählt ist.

Am Beispiel erläutert hieße das: Wenn für Listenplatz 3 zwei Mitglieder kandidieren, darf über Platz 4 erst abgestimmt werden, wenn die Abstimmung über Platz 3 ausgezählt worden ist, da ja die Möglichkeit besteht, dass der oder die hier Unterlegene sich für Platz 4 bewerben möchte.

Nicht ganz so aufwändig ist das Aufstellverfahren mit einer verbundenen Einzelwahl! Hier werden die Kandidaten oder Kandidatinnen bis ausschließlich des Platzes (und der folgenden), für den zwei oder mehr Kandidaten oder Kandidatinnen antreten, auf einen Stimmzettel geschrieben. Es muss die Möglichkeit bestehen, für jede einzelne Kandidatur entweder mit Ja oder mit Nein zu stimmen. Hat allerdings ein Kandidat/eine Kandidatin, der/die auf Platz 3 einer sechs Namen umfassenden Liste steht, weniger Ja- als Nein-Stimmen, so müssen die Plätze 3, 4, 5 und 6 erneut abgestimmt werden, selbst wenn die Plätze 4 bis 6 die erforderliche Mehrheit hatten. Somit wird den Kandidaten/Kandidatinnen der Plätze 4 bis 6 die Möglichkeit einer Kandidatur auf einen höheren Platz und dem/der Kandidaten/Kandidatin von Platz 3 auf einen niedrigeren Platz eingeräumt.

Die Wahlordnung der Partei ist zu beachten.

### **23. Muss von der Versammlung ein Protokoll angefertigt werden?**

Ja! Darin ist festzuhalten: Ort und Zeit der Versammlung, die gewählten Kandidaten bzw. Kandidatinnen inklusive Angaben zu ihrer Person, die da wären: Anschrift, Beruf oder Tätigkeit, Geburtstag, Geburtsort.

Es ist anzugeben, ob Einwendungen gegen das Wahlergebnis erhoben wurden.

Aus der Niederschrift muss außerdem hervorgehen, dass die Einladung zur Versammlung satzungsgemäß erfolgte, dass die Versammlung beschlussfähig war, jede stimmberechtigte teilnehmende Person vorschlagsberechtigt war, die Vorgeschlagenen Gelegenheit hatten, sich in angemessener Zeit vorzustellen, für die Abstimmung einheitliche Stimmzettel verwandt wurden und der Wahlvorgang unbeobachtet vonstattengehen konnte sowie, dass nach Abschluss der Stimmabgabe die Stimmen ausgezählt und das Wahlergebnis bekannt gegeben wurde.

Diese Niederschrift ist vom Versammlungsleiter/der Versammlungsleiterin, dem Schriftführer oder der Schriftführerin und einem weiteren Mitglied der Versammlung zu unterzeichnen. Diese versichern dabei „an Eides statt“ gegenüber der Wahlleitung, dass die Wahl der Bewerber nach § 15 LKWG M-V (wie vorstehend beschrieben) erfolgt ist.

Für die Niederschrift gibt es ein Formblatt.

## **24. Müssen Vertrauenspersonen benannt werden?**

Ja! Zu jedem Wahlvorschlag sollen zwei Vertrauenspersonen benannt werden. Es ist auch zulässig, Bewerber oder Bewerberinnen als Vertrauenspersonen zu benennen. Unterbleibt dies, so gelten die beiden Personen, die die Niederschrift zuerst unterschrieben haben, als Vertrauenspersonen.

## **25. Welche Aufgaben haben die Vertrauenspersonen?**

Die Vertrauenspersonen sind für die Wahlleitung die Kontaktpersonen, wenn es um offene Fragen zum Wahlvorschlag oder um die Beseitigung von Mängeln geht. Die Wahlleitung hat die Pflicht, Wahlvorschläge unverzüglich nach deren Eingang zu prüfen und sich bei Bedarf umgehend an die Vertrauenspersonen zu wenden. Vertrauenspersonen sollten also Personen sein, die sowohl gut erreichbar sind als auch über entsprechende Informationen zum Wahlvorschlag (also dem nominierten Kandidaten/der nominierten Kandidatin) verfügen.

## **26. Kann ein Wahlvorschlag nachträglich geändert werden?**

Ein Wahlvorschlag kann bis zum Ablauf der Einreichungsfrist nachträglich geändert werden. Natürlich ist zunächst eine demokratische Entscheidung wie bei der Aufstellung der Vorschlagsliste notwendig.

Änderungen und Rücknahmen von Wahlvorschlägen können nur durch eine gemeinsame Erklärung der Vertrauenspersonen erfolgen.

Wenn eine Person eines Wahlvorschlags nach dem 83. Tag vor der Wahl und bevor der Wahlvorschlag vom Wahlausschuss zugelassen wurde (spätestens am 52. Tag vor der Wahl) nicht mehr zur Wahl zur Verfügung steht, so kann eine andere Person auch von einem von der Aufstellversammlung dazu ermächtigten Organ gewählt werden. Dieses muss aus mindestens sieben Mitgliedern bestehen, die ihrerseits dazu stimmberechtigt sein müssen → siehe Pkt. 20.

Diese Möglichkeit ist jedoch auf wenige Sachverhalte beschränkt:

Wenn eine aufgestellte Person gestorben ist; wenn sie die Wählbarkeit verloren hat; wenn die Wahlleitung Bedenken gegen die Wählbarkeit erhoben hat.

Nach einer Entscheidung über die Zulassung des Wahlvorschlags kann dieser nicht mehr geändert werden.

## **27. Wie viele Parteilose dürfen auf einen Wahlvorschlag aufgenommen werden?**

Diese Zahl ist prinzipiell nicht begrenzt. Die zuständigen Parteigremien, die über den Wahlvorschlag entscheiden, entscheiden damit auch über die Zahl der parteilosen Bewerberinnen und Bewerber. Dabei ist zum Beispiel durchaus möglich, dass diese Zahl die Zahl der Parteimitglieder übersteigt. Parteilose Bewerberinnen bzw. Bewerber müssen ihre Parteilosigkeit gegenüber dem Wahlleiter durch eine Versicherung an Eides statt nachweisen.

## **28. Wie viele Personen darf eine Vorschlagsliste insgesamt enthalten?**

Findet die Wahl in nur einem Wahlbereich statt, darf die Vorschlagsliste 5 Personen mehr enthalten als zu wählen sind. Wird in mehreren Wahlbereichen gewählt, so wird die Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter durch die Zahl der Wahlbereiche geteilt. Das hieraus entstehende Ergebnis wird zunächst aufgerundet und dann um drei vergrößert. So erhält man die Höchstzahl der Bewerberinnen und Bewerber, die in jedem Wahlbereich auf dem Wahlvorschlag jeder Partei benannt werden dürfen.

## **29. Wo muss die beschlossene Vorschlagsliste eingereicht werden?**

Wahlvorschläge sind bei der für das Wahlgebiet zuständigen Wahlleitung möglichst frühzeitig einzureichen. Die kommunalen Wahlleitungen werden von den Vertretungen gewählt. Ihre Namen werden öffentlich bekannt gemacht.

## **30. Was muss der Wahlvorschlag enthalten?**

Der Wahlvorschlag einer politischen Partei oder Wählergruppe muss den Namen der Organisation und, falls vorhanden, die Kurzbezeichnung („SPD“) enthalten.

In jedem Wahlvorschlag sind zwei Vertrauenspersonen zu bezeichnen.

Jeder Bewerber/jede Bewerberin muss mit dem Wahlvorschlag eine schriftliche Zustimmung zur Kandidatur abgeben. Parteilose Kandidaten müssen durch eine Versicherung an Eides statt (Bestandteil der Zustimmungserklärung) bekunden, dass sie tatsächlich keiner Partei angehören.

EU-Bürgerinnen und –Bürger müssen darüber hinaus eine Versicherung an

Eides statt abgeben, dass er oder sie nicht im Herkunftsland die Wählbarkeit aufgrund einer zivil- oder strafrechtlichen Entscheidung verloren hat.

Wer durch die Wahl eine Unvereinbarkeit von Amt und Mandat begründen würde, muss eine (rechtlich nicht bindende) Erklärung abgeben, ob er oder sie bei einem Wahlerfolg das Mandat annimmt.

Eine von der Gemeindewahlbehörde auszufüllende Bescheinigung über die Wählbarkeit der Kandidaten ist dem Wahlvorschlag beizufügen. Diese darf bei Einreichen nicht älter als drei Monate sein.

Die Niederschrift über die Versammlung mit der Unterschrift der Versammlungsleitung, der Schriftführung und einer weiteren teilnehmenden Person ist ebenfalls beizufügen (Formblatt).

Die Wahlvorschläge von Parteien und Wählergruppen müssen von den für das Wahlgebiet nach ihrer Satzung zuständigen Parteiorganen oder den Vertretungsberechtigten der Wählergruppen unterzeichnet sein, in der Regel also vom Vorstand.

Auf Anforderung hat eine Partei oder Wählergruppe der zuständigen Wahlleitung ihre Satzung und einen Nachweis über die demokratische Wahl des Vorstands zur Verfügung zu stellen.

### **31. Wie sieht der Stimmzettel aus?**

Auf dem Stimmzettel stehen die Wahlvorschläge der Parteien und Wählergruppen in der Reihenfolge, die sich aus dem landesweiten Durchschnittsergebnis der letzten Kommunalwahl ergibt.

In jedem Wahlbereich werden jeweils die gesamten Wahlvorschläge abgedruckt, das heißt, auf dem Stimmzettel erscheinen alle Namen der im Wahlbereich kandidierenden Personen. Hinter jedem Namen befinden sich drei Kreise.

### **32. Wie viele Stimmen haben Wahlberechtigte?**

Jeder Wähler/jede Wählerin hat drei Stimmen. Mit diesen Stimmen kann er/sie nicht Listen oder geschlossene Wahlvorschläge ankreuzen, sondern er oder sie muss die drei Stimmen einer Person oder mehreren Personen geben. Das "Häufeln" der drei Stimmen auf eine Person (kumulieren) ist ebenso möglich wie das Verteilen auf drei verschiedene Personen. Dabei ist niemand an die einzelnen Wahlvorschlagslisten gebunden, sondern man kann beispielsweise die drei Stimmen auch auf drei Personen von unterschiedlichen Listen verteilen (panaschieren).

Gewählt werden also eindeutig Personen und nicht Listen von Parteien oder Wählergruppierungen.

### 33. Wie werden aus Stimmen Sitze?

Die Gesamtzahl der Sitze wird mit der Anzahl der Stimmen, die ein Wahlvorschlag erhalten hat, multipliziert und dann durch die Gesamtzahl der Stimmen aller Wahlvorschläge geteilt.

Beispiel:

60 000 wahlberechtigt wählende Personen mit je 3 Stimmen:  
180 000 Stimmen

Eingereichte Listen A, B und C

Liste A SPD erhält 70 000 Stimmen  
Liste B CDU erhält 60 000 Stimmen  
Liste C Linke erhält 50 000 Stimmen

Es sind 69 Sitze zu verteilen.

Rechnung für Liste A:

$$69 \times 70\,000 \text{ ./} 180\,000 = 26,8333$$

Rechnung für Liste B

$$69 \times 60\,000 \text{ ./} 180\,000 = 23$$

Rechnung für Liste C

$$69 \times 50\,000 \text{ ./} 180\,000 = 19,1666$$

Jeder Wahlvorschlag erhält zunächst so viele Sitze wie ganze Zahlen auf ihn entfallen. Danach werden die Zahlenbruchteile ihrer Höhe nach berücksichtigt.

Nach unserem Rechenbeispiel würde dies bedeuten, dass die SPD 27, die CDU 23 und die Linken 19 Sitze erhalten.

Bei Kreistagswahlen ist das Wahlgebiet immer in Wahlbereiche eingeteilt. Hier werden die Sitze, die auf Kandidaten und Kandidatinnen einer Partei oder Wählergruppe entfallen, nach den erreichten Stimmenzahlen auf die Wahlbereiche verteilt.

Erhält also beispielsweise die SPD im gesamten Wahlgebiet 27 Sitze, so werden diese auf die SPD-Wahlvorschläge in den einzelnen Wahlbereichen nach den Stimmenzahlen, die jeweils erzielt wurden, verteilt.

So könnte beispielsweise der Wahlbereich 1 fünf Sitze, der Wahlbereich 2 vier Sitze, die Wahlbereiche 3, 4, 5 und 6 je drei Sitze und die Wahlbereiche 7, 8 und 9 je zwei Sitze erhalten.

Im nächsten Schritt werden in den einzelnen Wahlbereichen von den Wahlvorschlägen die Personen mit den meisten Stimmen ermittelt. Diese er-

halten dann die Mandate. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Reihenfolge im Wahlvorschlag.

Im genannten Beispiel würden also im Wahlbereich 1 die fünf Personen auf der Vorschlagsliste der SPD mit den meisten Stimmen Kreistagsmitglieder. Erhält eine Partei oder Wählergruppe trotz der erreichten Stimmenzahl von mehr als der Hälfte nicht mehr als die Hälfte der insgesamt zu vergebenden Sitze, wird ihr ein weiterer Sitz zugeteilt. Erst danach wird die weitere Sitzverteilung vorgenommen.

### **34. Was passiert, wenn jemand mehrfach gewählt worden ist?**

Da es ja durchaus möglich ist, dass Personen in dem Wahlgebiet, in dem sie wohnen, in mehreren Wahlbereichen auf der Vorschlagsliste stehen, kann es auch passieren, dass sie mehrfach gewählt werden. In diesem Fall gilt ihre Wahl in dem Wahlbereich als erfolgt, in dem sie die meisten Stimmen erhalten haben. In den übrigen Wahlbereichen, in denen sie theoretisch gewählt sind, wird der jeweils nächste Bewerber berücksichtigt. Eine populäre Person, in mehreren Wahlbereichen aufgestellt, kann also, wenn sie auf diese Art und Weise viele Stimmen auf sich vereinigt, durchaus andere Bewerber „mitziehen“.

### **35. Was passiert, wenn in einem Wahlbereich auf eine Liste mehr Sitze entfallen als Personen auf ihr kandidieren?**

Wurde nur ein Wahlbereich gebildet, bleiben die übrigen Sitze bis zum Ablauf der Wahlperiode unbesetzt. Ist das Wahlgebiet jedoch in mehrere Wahlbereiche eingeteilt, bleiben die Sitze, die nicht im Wahlbereich besetzt werden können, dem Listeneinreicher erhalten.

Sie werden nach den höchsten Stimmenzahlen an nicht berücksichtigte Kandidatinnen oder Kandidaten in anderen Wahlbereichen vergeben.

### **36. Was ist, wenn ein Mandat nicht angenommen wird bzw. eine gewählte Person später aus dem Kreistag ausscheidet?**

Scheidet ein Mandatsträger oder eine Mandatsträgerin aus, so rückt die Person desselben Wahlvorschlags mit der nächsthöheren Stimmenzahl nach.

### **37. Kann jemand nachrücken, der in der Zwischenzeit aus seiner Partei ausgetreten ist oder ausgeschlossen wurde?**

Wenn jemand nach der Wahl aus seiner Partei ausgetreten ist oder ausgeschlossen wurde und die Partei dies dem Wahlleiter mitgeteilt hat, so kann diese Person nicht nachrücken. Ist die Mitteilung allerdings unterblieben, rückt sie nach.

## **III Besonderheiten bei der Wahl der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie der Landrätinnen und Landräte**

### **38. Welche Bestimmungen gelten für die Aufstellung des Kandidaten/der Kandidatin?**

Für das Aufstellen und Einreichen von Wahlvorschlägen gelten dieselben Bestimmungen, die für das Aufstellen der Wahlvorschläge zu den Gemeindevertretungen und Kreistagen gelten.

### **39. Für wie lange wird gewählt?**

Laut Kommunalverfassung M-V ist die Amtsdauer ehrenamtlicher Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an die Wahlperiode der Gemeindevertretung gebunden. Sie beträgt also fünf Jahre. Bei hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Landrätinnen und Landräten beträgt die Amtszeit mindestens sieben und höchstens neun Jahre. Näheres legt die Vertretung in ihrer Hauptsatzung selbst fest.

### **40. Kann eine Person gleichzeitig für die Gemeindevertretung und für das Amt des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin kandidieren?**

Für die Kandidatur zum ehrenamtlichen Bürgermeister/zur ehrenamtlichen Bürgermeisterin kann man uneingeschränkt sagen: ja!

Ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben alle Rechte und Pflichten von Gemeindevertretungsmitgliedern und zusätzliche Rechte und Pflichten als Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin.

Möchte eine amtierende Bürgermeisterin oder eine Bewerberin um das Amt der Bürgermeisterin ebenfalls für „ihre“ Stadtvertretung kandidieren, muss

sie im Vorfeld eine Erklärung abgeben, wie sie sich nach der Wahl entscheidet (analog der Ausführungen unter 41.).

**41. Kann eine Person gleichzeitig für den Kreistag und das Amt des Landrates/der Landrätin kandidieren?**

Ja, aber auch diese Person muss eine Erklärung abgeben (Bestandteil der Zustimmungserklärung zum Wahlvorschlag der Kreistagswahl), wie sie sich nach der Wahl entscheidet: Ob sie, wenn sie als Landrat bzw. als Landrätin und als Mitglied des Kreistags gewählt wird, das Amt annimmt.

**42. In welchem Fall muss die Stelle der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters, des Landrates oder der Landrätin ausgeschrieben werden?**

In hauptamtlich verwalteten Gemeinden und in Landkreisen ist auf Antrag einer Fraktion oder eines Viertels der Vertretung die Stelle spätestens drei Monate vor dem Wahltag mit einer Bewerbungsfrist von mindestens einem Monat überregional öffentlich auszuschreiben.

**43. Welche persönlichen Voraussetzungen müssen erfüllt werden - welche zusätzlichen Unterlagen müssen eingereicht, welche Erklärungen abgegeben werden?**

Kandidatinnen bzw. Kandidaten für Bürgermeister- und Landratsämter müssen die Staatsbürgerschaft eines EU-Staates haben, dürfen nicht von der Wählbarkeit ausgeschlossen sein (siehe Pkt. 11) und müssen das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Alle Personen, die am 15. Januar 1990 das 18. Lebensjahr bereits vollendet hatten, müssen eine Erklärung abgeben, ob sie für die Staatssicherheitsbehörden der DDR gearbeitet haben.

Darüber hinaus müssen sie die Voraussetzungen für die Ernennung zum Beamten bzw. zur Beamtin auf Zeit erfüllen. Die Regelungen dafür finden sich im Landesbeamtengesetz. Danach kann auch ein Bürger oder eine Bürgerin der Europäischen Union, der oder die nicht Deutscher oder Deutsche ist, Landrat bzw. Landrätin und Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin werden. Er oder sie darf jedoch nicht „gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen“ haben (Formblatt „eidesstattliche Erklärung“). Bei ehemaligen Mitarbeitern oder Mitarbeiterinnen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (Erklärung über Stasitätigkeit ist Bestandteil der einzureichenden Formulare) müssen SGK M-V im September 2016

die aus diesem Grund bestehenden Zweifel an ihrer Eignung ausgeräumt werden.

Die zur Wahl stehenden Personen müssen die Gewähr dafür bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten.

Sie müssen in wirtschaftlich geordneten Verhältnissen leben. Bewerber und Bewerberinnen für ehrenamtliche Ämter brauchen keine Erklärung über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse abgeben.

Zur Bewertung ihrer persönlichen Eignung müssen sie auch erklären, ob gegen sie Straf- oder Disziplinarverfahren laufen.

(Die vorgenannten Erklärungen sind Bestandteil der Zustimmungserklärung, die jeder Bewerber/jede Bewerberin zum Wahlvorschlag abgeben muss.)

Als Anlagen zur „unwiderruflichen Zustimmungserklärung“ müssen sie ein polizeiliches Führungszeugnis einreichen.

Für Bewerber/Bewerberinnen um Ehrenämter ist ein Führungszeugnis kostenfrei erhältlich.

Bewerberinnen und Bewerber für Hauptämter müssen auch als Nachweis ihrer gesundheitlichen Eignung ein amtsärztliches Gesundheitszeugnis beifügen. Bewerber und Bewerberinnen für Ehrenämter sind vom Nachweis der gesundheitlichen Eignung entbunden.

Wie die Bescheinigung der Wählbarkeit dürfen das amtsärztliche Gesundheitszeugnis sowie das polizeiliche Führungszeugnis am Tag der Einreichung des Wahlvorschlags nicht älter als drei Monate sein.

Für die Kandidatur für ein Hauptamt gilt: Der Kandidat oder die Kandidatin darf am Wahltag das 60. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, es sei denn, er oder sie stellt sich mit seiner oder ihrer Kandidatur einer Wiederwahl. In diesem Fall darf er oder sie am Tag der Hauptwahl das 64. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Landrätinnen und Landräte und Bürgermeister bzw. Bürgermeisterinnen in Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern (oder ein/eine ihm oder ihr unmittelbar nachgeordneter leitender Mitarbeiter/nachgeordnete leitende Mitarbeiterin) müssen die Befähigung zum Richteramt besitzen.

#### **44. Kann eine parteilose Person oder ein Mitglied einer anderen Partei für die SPD kandidieren?**

Die zuständigen Parteigremien, die über den Wahlvorschlag entscheiden, entscheiden auch, ob ein Mitglied oder ein parteiloser Kandidat oder eine parteilose Kandidatin aufgestellt wird. Zulässig ist auch, dass mehrere Parteien oder Wählergruppen einen gemeinsamen Wahlvorschlag einreichen. Hierzu muss allerdings die Zustimmung des Wahlbewerbers oder der Wahlbewerberin vorliegen.

Eine Partei oder Wählergruppe darf sich nur an einem gemeinsamen Wahlvorschlag beteiligen. Ein Wahlvorschlag gilt für das gesamte Wahlgebiet.

#### **45. Wie viele Personen darf ein Vorschlag insgesamt enthalten?**

Es kann im Wahlgebiet nur jeweils eine Person pro Partei/Wählergruppe aufgestellt werden.

#### **46. Was passiert, wenn ein Kandidat oder eine Kandidatin vor der Wahl ausscheidet?**

Stirbt ein Bewerber oder eine Bewerberin oder verliert er oder sie seine bzw. ihre Wählbarkeit nach der Zulassung des Wahlvorschlags, aber vor der Hauptwahl, muss der Wahlleiter oder die Wahlleiterin die Wahl absagen. Die Gemeindevertretung bzw. der Kreistag muss einen neuen Termin festlegen. Dieser darf spätestens fünf Monate nach Feststellung der Notwendigkeit einer „Wahl in besonderen Fällen“ liegen. Wird aus vorgehend genannten Gründen die Wahl verschoben, besteht ausschließlich für den Vorschlagsträger, der vom Ausfall des Bewerbers oder der Bewerberin betroffen ist, die Möglichkeit, einen neuen Bewerber oder eine neue Bewerberin zu benennen.

#### **47. Wie sieht der Stimmzettel aus?**

Auf dem Stimmzettel stehen die Wahlvorschläge der Parteien und Wählervereinigungen in der Reihenfolge, die sich aus dem landesweiten Durchschnittsergebnis der letzten Kommunalwahl ergibt. Im Wahlbereich werden jeweils die gesamten Wahlvorschläge abgedruckt. Auf dem Stimmzettel erscheinen somit alle Namen der im Wahlbereich kandidierenden Personen. Hinter jedem Namen befindet sich ein Kreis.

#### **48. Wie viele Stimmen hat jeder Wähler und jede Wählerin?**

Jeder Wähler und jede Wählerin hat eine Stimme.

#### **49. Wer ist im ersten Wahlgang gewählt?**

Bei zwei oder mehr Bewerbern oder Bewerberinnen ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Die Wahlbeteiligung ist dabei unerheblich.

## **50. Wann und mit welchen Bewerbern und Bewerberinnen findet die Stichwahl statt?**

Wenn kein Bewerber oder keine Bewerberin die erforderliche Mehrheit erreicht hat, findet eine Stichwahl mit den beiden Bewerbern oder Bewerberinnen statt, die beim ersten Wahlgang die meisten Stimmen erreicht haben. Diese Stichwahl findet in der Regel zwei Wochen nach der ersten Wahl statt. Die Gemeindevertretung kann beschließen, dass die Stichwahl drei oder vier Wochen nach der Hauptwahl stattfindet, wenn ein plausibler Grund (Feiertag, Ferien) vorliegt. Der Beschluss muss vor Ablauf der Einreichungsfrist gefasst werden. Bei der Stichwahl ist natürlich gewählt, wer die meisten Stimmen erhalten hat.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Wahlleiter oder von der Wahlleiterin zu ziehende Los.

## **51. Was geschieht, wenn es nur einen oder gar keinen Bewerber/gar keine Bewerberin gibt?**

Ist nur ein Bewerber oder eine Bewerberin aufgestellt worden, so findet eine Wahl mit nur einem Bewerber oder einer Bewerberin statt. Die Wähler stimmen dann mit „ja“ oder „nein“. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat, vorausgesetzt, dieser Stimmenanteil beträgt mindestens 15 % der Wahlberechtigten.

Treten alle zugelassenen Bewerber und Bewerberinnen vor der Wahl zurück oder wird kein gültiger Wahlvorschlag eingereicht oder erhält der einzige Bewerber oder die einzige Bewerberin die erforderliche Mehrheit nicht, wählt die Gemeindevertretung die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister aus ihrer Mitte und der Kreistag den Landrat bzw. die Landrätin aus seiner Mitte.

## **52. Was passiert, wenn eine Person vor Ablauf der Amtszeit ausscheidet?**

Scheidet z. B. eine Landrätin oder ein hauptamtlicher Bürgermeister vor Ablauf ihrer oder seiner Amtszeit aus, findet eine Neuwahl unmittelbar durch die Bevölkerung nach den zuvor beschriebenen Regeln statt. Die Wahlzeit lt. Hauptsatzung beginnt von vorn.

Soweit es sich um das Amt eines ehrenamtlichen Bürgermeisters handelt, wird der neue Bürgermeister/die neue Bürgermeisterin für eine Amtszeit bis zum Ende der Wahlperiode der Gemeindevertretung gewählt. Findet die Wahl allerdings im letzten Jahr vor der regulären Kommunalwahl statt, wird er oder sie für den Zeitraum bis zur Kommunalwahl und die neue Wahlperiode gewählt.

### **53. Wahlwerbung**

Auf angemessene Wahlwerbung besteht ein verfassungsrechtlicher Anspruch. Der Zeitraum umfasst in der Regel die sechs Wochen vor der Wahl. Zur Wahlwerbung „im öffentlichen Straßenraum“ (Plakatwerbung) wird jedoch eine Sondernutzungserlaubnis nach § 22 Abs. 1 Straßen- und Wegegesetz M-V benötigt, die bei den betroffenen Gemeinden beantragt werden muss. Es gibt sehr voneinander abweichende Abfassungen solcher Sondernutzungserlaubnis. Denn in den Gemeinden wird von der Möglichkeit, die Wahlwerbung vor Ort zu beschränken, in unterschiedlichster Art und Weise Gebrauch gemacht. Auch mussten wir in der Praxis feststellen, dass einige Gemeinden auf entsprechende Antragstellungen gar nicht reagieren. Im letzten Jahr haben wir daher im Landes- und Kommunalwahlgesetz gesetzlich geregelt, dass Gemeinden entsprechende Anträge nach Eingang derselben innerhalb eines Monats bescheiden müssen. Erfolgt kein Bescheid, gilt der Antrag automatisch als positiv beschieden.

Informationen zu Beschränkungen der Wahlwerbung vor Ort sind auch in den Regionalgeschäftsstellen der SPD erhältlich.

**Die nachfolgenden Formblätter wurden im Gesetz- und Verordnungsblatt vom 15. April 2016 im Zusammenhang mit der Änderung der Landes- und Kommunalwahlordnung veröffentlicht.**